



Herausgeber: U. S. Information Service  
Embassy of the United States of America

**amerika  
dienst**

Z 12462 C

27

13. Juli 1994

---

**PRÄSIDENTENBESUCH**

**"BERLIN IST FREI"**

Rede Präsident Clintons vor dem Brandenburger Tor

**CLINTON BETRACHTET HANDEL ALS DIE  
NATIONEN EINENDE KRAFT**

Zukünftige Aufgabe ist Einbindung Mittel- und Osteuropas

---

**G-7**

**SCHAFFUNG VON ARBEITSPLÄTZEN  
PRIORITÄT BEIM WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL**

Rede von Präsident Clinton

---

**EINWANDERUNG**

**GEBT UNS EURE BESTEN**

von Stephen Moore

---

13. Juli 1994

## "BERLIN IST FREI"

### Rede Präsident Clintons vor dem Brandenburger Tor

Nachfolgend veröffentlichen wir die am 12. Juli 1994 von Präsident Clinton im Rahmen seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Brandenburger Tor gehaltene Rede im Wortlaut.

Bürger des freien Berlin,  
Bürger des vereinten Deutschland,  
Herr Bundeskanzler,  
Herr Regierender Bürgermeister,  
Berliner in der ganzen Welt!

Ich danke Ihnen für die Begrüßung in Ihrer faszinierenden Stadt.

Wir stehen gemeinsam dort, wo das Herz Europas gespalten wurde - und wir feiern die Einheit.

Wir stehen dort, wo rohe Betonmauern Mutter und Kind trennten - und wir kommen als eine Familie zusammen.

Wir stehen dort, wo diejenigen, die ein neues Leben anstrebten, den Tod fanden - und wir sind von tiefer Freude über die Erneuerung erfüllt.

Bürger Berlins! Sie haben Ihren langen Kampf gewonnen. Sie haben bewiesen, daß keine Mauer auf ewig die gewaltige Kraft der Freiheit einsperren kann.

Und innerhalb weniger Jahre wird ein amerikanischer Präsident ein Berlin besuchen, das erneut Sitz Ihrer Regierung ist. Ich verspreche Ihnen heute: Eine neue amerikanische Botschaft wird in Berlin stehen.

Vor einem halben Jahrhundert wurde Berlin geteilt, vor 33 Jahren die Mauer errichtet. In dieser Zeit lebte die eine Hälfte dieser Stadt eingeschlossen, die andere Hälfte versklavt. Eine Kraft jedoch hatte Bestand: Ihr Mut.

Ihr Mut hat sich auf vielerlei Weise gezeigt. Als der kühne Mut des 17. Juni 1953, als die im Osten Gefangenen Steine gegen die Panzer der Tyrannei warfen. Als der stille Mut, mit dem Kinder über die Mauer gehoben wurden, damit ihre Großeltern auf

der anderen Seite die zu sehen vermochten, die sie liebten, aber nicht berühren konnten. Als der innere Mut, nach den Gedanken zu greifen, die frei machen. Und als die Zivilcourage vor 5 Jahren, die in den unerschrockenen Herzen und von Kerzen erleuchteten Straßen Leipzigs begann. Mit ihr verwandelten Sie Ihren Traum von einem besseren Leben in den Meißel der Freiheit.

Jetzt müssen Sie, die den Mut hatten, durchzuhalten, Widerstand zu leisten, die Mauer niederzureißen, eine neue Zivilcourage finden - den Mut zum Aufbau.

Die Berliner Mauer ist gefallen. Unsere Generation muß nun entscheiden: Was werden wir an ihrer Stelle aufbauen?

Heute, da wir hier stehen, können wir die Antwort sehen. Ein Europa, in dem alle Nationen unabhängig **und** demokratisch sind. In dem freie Märkte und Wohlstand grenzüberschreitend sind. In dem unsere Sicherheit auf dem Aufbau von Brücken, nicht von Mauern beruht. In dem all unsere Bürger so weit zu gehen vermögen, wie es ihnen ihre gottgegebenen Fähigkeiten erlauben, und ihre Kinder in Frieden und Hoffnung aufwachsen lassen können.

Die Arbeit an der Freiheit ist nicht leicht. Sie erfordert Disziplin, Verantwortung und einen Glauben, der stark genug ist, um Fehlschläge und Kritik zu überwinden. Und sie erfordert Wachsamkeit. Hier in Deutschland, in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt müssen wir denjenigen entgegentreten, die uns mit flammenden Reden über Rasse, Volk oder Religion spalten wollen.

Ich rufe besonders die Jugend dieser Nation auf: Glauben Sie daran, daß Sie in Frieden mit denen leben können, die anders sind als Sie! Glauben Sie an Ihre Zukunft! Glauben Sie daran, daß Ihr Handeln von Bedeutung ist! Fassen Sie den Mut zum Aufbau - dann werden Sie erfolgreich sein!

---

Sie haben Grund, daran zu glauben. Die Zukunft nimmt bereits Gestalt an in der zunehmenden Zahl derer, die gemeinsam die Sprache der Demokratie sprechen, in der wachsenden Wirtschaft Westeuropas, der Vereinigten Staaten und unserer Partner.

Im Fortschritt der Wirtschaftsreform, der Demokratie und der Freiheit in Ländern, die nicht frei waren. In der NATO-Partnerschaft für den Frieden, in der 21 Nationen militärisch zusammenarbeiten und sich zur gegenseitigen Achtung ihrer Grenzen verpflichtet haben.

Ihnen allen, die Sie nach dieser Zukunft streben, sage ich: Im Namen der Piloten, die durch ihre Luftbrücke Berlin retteten, im Namen der Wachen am Checkpoint Charlie, die den feindlichen Panzern gegenüberstanden, im Namen der amerikanischen Truppen, die weiterhin in Europa die Zukunft der

Freiheit sichern werden und im Namen der amerikanischen Präsidenten, die hierher nach Berlin gekommen sind: "Amerika steht an Ihrer Seite - jetzt und für immer!"

Mein Freund, der Bundeskanzler, und ich taten vor wenigen Augenblicken, was meinen Vorgängern verwehrt war - wir schritten durch das Brandenburger Tor. Seit 200 Jahren ist dieses Tor ein Symbol seiner Zeit. Es gab Zeiten, da es ein Monument der Eroberung und ein Turm der Tyrannei war. Doch Sie - die mutigen Bürger Berlins - haben heute aus dem Brandenburger Tor wieder das gemacht, was seine Erbauer im Sinn hatten: ein Tor. Nun können wir gemeinsam durch dieses Tor gehen, unserem Schicksal entgegen, einem Europa, das geeint ist. Geeint im Frieden, geeint in der Freiheit, geeint im Fortschritt - zum ersten Mal in der Geschichte. Nichts darf uns aufhalten. Alles ist möglich. Berlin ist frei.

\* \* \* \* \*

13. Juli 1994

## CLINTON BETRACHTET HANDEL ALS DIE NATIONEN EINENDE KRAFT

### Zukünftige Aufgabe ist Einbindung Mittel- und Osteuropas

BONN - (AD) - Die Vereinigten Staaten und Deutschland sind sich bewußt, daß im Hinblick auf das bevorstehende Jahrhundert "Handel ebenso wie Streitkräfte in zunehmendem Maße die Bande zwischen Nationen definieren", erklärte Präsident Clinton am 11. Juli 1994 bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Sommer des Jahres, in dem die russischen und westlichen Truppen Berlin verlassen werden, wo sie seit 1945 stationiert sind, äußerte der Präsident auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Helmut Kohl, die gemeinsamen Herausforderungen hätten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Nationen erfolgreich geeint. Jetzt bestehe die Aufgabe in der Integration der Nationen Mittel- und Osteuropas - Teilen der ehemaligen Sowjetunion und des früheren Warschauer Pakts - in ein Europa, das durch soziale, politische und wirtschaftliche Institutionen geeint ist.

Präsident Clinton zufolge weiß der Westen aufgrund seiner Erfahrung bei der Integration "halb Europas" durch die NATO und "andere Institutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg für Stabilität sorgten", wie er vorzugehen hat. Im Mittelpunkt seiner Gespräche mit Bundeskanzler Kohl stand dem Präsidenten zufolge die Integration der anderen Hälfte Europas.

Da "amerikanische und russische Streitkräfte in Kürze Stützpunkte in Deutschland verlassen würden, auf denen sie seit 1945 stationiert sind", hätte er mit dem Bundeskanzler erörtert, "wie wichtig die Ausweitung gemeinsamer Militärübungen mit unseren Verbündeten im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden ist. Ferner sind wir uns bewußt, daß kurz vor dem Beginn des 21. Jahrhunderts Handel ebenso wie Streitkräfte in zunehmendem Maße die Bande zwischen Nationen definieren."

In der Zeit nach dem Kalten Krieg sei es erforderlich, so der Präsident, daß die neuen, Ost und West verbindenden Institutionen, beispielsweise die Part-

nerschaft für den Frieden, die neue Welthandelsorganisation und die Europäische Union, auf breiterer Basis aufgebaut werden, um "noch mehr Stabilität" zu gewährleisten.

Deutschland und die Vereinigten Staaten werden Präsident Clinton zufolge "der anderen Hälfte Europas" im Bereich der Sicherheit, bei Wirtschaftsreformen und Investitionsanreizen beistehen und "deren Anspruch auf einen Platz am Tisch freier, befreundeter und gleichgesinnter Nationen geltend machen".

Clinton und Kohl vermieden beide direkte Kommentare zu der anstehenden Entscheidung des Bundesgerichtshofs darüber, ob eine Teilnahme deutscher Streitkräfte an friedenssichernden Operationen der Vereinten Nationen dem Grundgesetz entspricht. Der amerikanische Präsident erklärte jedoch, er habe "großes Vertrauen in die umfassenden Ziele und den Kurs" der deutschen Regierung und die "Unterstützung Deutschlands für ein geeintes Europa, in dem Deutschland ein gleichberechtigter Partner ist". Er fügte hinzu: "Alles, was getan werden kann, um Deutschland in seiner verantwortungsvollen Rolle als führende Nation zu unterstützen, ist als positiv zu erachten."

Der Präsident teilte einem Fragesteller mit, die Beileidsbekundung aus Anlaß des Todes von Kim Il Sung sei "kurz, sachlich und angemessen" gewesen und wies von Bob Dole, dem Fraktionsvorsitzenden der Republikanischen Partei im Senat, geäußerte Kritik zurück. Die bei Aufnahme der hochrangigen Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea in Genf abgegebene Erklärung sei "eindeutig im Interesse der Vereinigten Staaten gewesen. Es ist eine Tatsache, daß wir nach jahrelanger Isolation und starken Spannungen aufgrund nuklearer Fragen an dem Tag, an dem Kim Il Sung starb, erneut Gespräche mit den Nordkoreanern aufnehmen."

Clinton äußerte, die Verschiebung der Genfer Gespräche sei kein Rückschlag, denn es bestehe die Möglichkeit, die Einfrierung von Pjôngjangs Nuklearprogramm zu überwachen. "Wir wissen, ob sie ihr Wort halten oder nicht ... Da sie eigenen Angaben zufolge die Gespräche fortsetzen wollen, bin ich zuversichtlich." Clinton verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, ein Gipfel zwischen Nord- und Südkorea werde "so bald wie angemessen" abgehalten; die Auswahl des Zeitpunkts überließ er jedoch Pjôngjang und Seoul.

Im Hinblick auf Bosnien drängten beide Regierungschefs auf die Annahme der Landkarte für die Aufteilung Bosniens, die von der aus fünf Nationen bestehenden Kontaktgruppe entworfen wurde. Dem Präsidenten zufolge muß dem Frieden eine Chance gegeben werden. "Wir sollten gemeinsam mit unseren Verbündeten in Europa an der Lösung dieses Problems arbeiten, und wir stehen kurz davor."

Ein hochrangiger Regierungsvertreter teilte vor Journalisten mit, der Präsident habe sich bei seinen Gesprächen mit Kohl und Bundespräsident Herzog auf die europäische Integration und Osteuropafragen konzentriert. Insbesondere Herzog befragte den Präsidenten zu seiner Reise nach Lettland und Polen, was zeigt, welche Bedeutung Bonn trotz der historischen Schwierigkeiten der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Warschau beimißt.

Bei einem Treffen mit Bundeskanzler Kohl - das nur eines von mehreren im Verlauf von zwei Tagen war, einschließlich eines Abendessens im Privathaus des Bundeskanzlers - sprachen die beiden Politiker 45 Minuten lang unter vier Augen, bevor sie ihre Berater hinzuzogen. In ihren Gesprächen ging es einem Regierungsvertreter zufolge um die wirtschaftliche Situation in Europa. Kohl und Clinton stimmten überein, "daß sich die Lage in Europa verbessert hat und sich Trends umkehren". Sie erörterten die Auswirkungen der deutschen Vereinigung, und der Bundeskanzler wies auf die mit dieser Erfahrung einhergehenden Schwierigkeiten hin. Auch in diesem Bereich gehe es wieder bergauf.

Ferner wurden der Abzug der russischen Streitkräfte aus den baltischen Staaten angesprochen und die in Neapel erzielten Fortschritte anerkannt, wo Clinton neue Ideen des estnischen Präsidenten Lennart Meri an den russischen Präsidenten Jelzin übermittelte.

Einige Fragen seien noch nicht gelöst, und somit steht in Zweifel, ob die Russen ihrer Verpflichtung nachkommen werden, ihre Truppen bis zum 31. August abzuziehen. Clinton erhielt in Neapel von Jelzin das persönliche Versprechen, mit Meri über die Rechte pensionierter russischer Offiziere sowie die Beseitigung nuklearer Altlasten auf einem sowjetischen Ausbildungszentrum zu sprechen.

Bundeskanzler Kohl betonte Präsident Clinton gegenüber die Entschlossenheit der Bonner Regierung, "die (neuen) Demokratien in die Europäische Union zu bringen". Clinton äußerte, er sei sich der Deutschland konfrontierenden Schwierigkeiten durchaus bewußt.

Die Staatsmänner sprachen die Partnerschaft für den Frieden und die zukünftige Erweiterung der NATO an und einigten sich auf "zunehmend enge Kontakte, während sich die Partnerschaft entwickelt und wir der endgültigen Erweiterung der NATO entgegensehen".

Anschließend traf der Präsident einzeln mit SPD-Kanzlerkandidat Rudolf Scharping sowie dem FDP-Vorsitzenden und Außenminister Klaus Kinkel zusammen.

Auf dem Weg nach Bonn sprach der Kommunikationsdirektor des Weißen Hauses, Mark Gearan, an Bord des Flugzeugs des Präsidenten, Air Force One, die Reaktion des Präsidenten auf Kritik an seiner Beileidsbekundung für das nordkoreanische Volk aus Anlaß des Todes von Kim Il Sung an. Gearan wies auf die von beiden Nationen geleistete Arbeit hin, die zu einem Einfrieren der wichtigsten Elemente von Pjôngjangs Nuklearprogramm geführt hatte, sowie auf die Einigung auf hochrangige Gespräche in Genf und die Anberaumung eines Gipfels zwischen nord- und südkoreanischen Politikern für Ende dieses Monats.

Ein hochrangiger Regierungsvertreter teilte einer Gruppe von Reportern an Bord der Air Force One mit, der amerikanischen Delegation in Genf sei offiziell mitgeteilt worden, Nordkorea wolle die Gespräche nach der Beerdigung Kims wiederaufnehmen. Der Regierungsvertreter zog daraus die Schlußfolgerung, Pjôngjang habe die politische Entscheidung getroffen, seine vorherige Politik fortzusetzen. Ihm zufolge hat der Präsident noch nicht entschieden, ob er an der im Dezember in Budapest anberaumten KSZE-Gipfelkonferenz der Regierungschefs teilnehmen wird.

\* \* \* \* \*

# **SCHAFFUNG VON ARBEITSPLÄTZEN PRIORITÄT BEIM WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL**

## **Rede von Präsident Clinton**

WASHINGTON - (AD) - Nach Ansicht Präsident Clintons ist die Schaffung von Arbeitsplätzen bei dem bevorstehenden Gipfel der sieben führenden Industrienationen (G-7) die wichtigste Frage.

Vor der Abreise zu dem vom 8. bis 10. Juli 1994 anberaumten Weltwirtschaftsgipfel in Neapel nannte Präsident Clinton weitere anzusprechende Themen:

Die Notwendigkeit einer neuen globalen Hochtechnologie-Infrastruktur,

die explosiven Themen Weltbevölkerung und Umweltkrise,

fortgesetzte Bestrebungen zur Unterstützung Rußlands und der anderen neuen Demokratien beim Übergang von Kommando- zu freien Marktwirtschaften.

Nachfolgend veröffentlichen wir die Ansprache des Präsidenten im Wortlaut.

Mein Dank gilt Minister Brown, Botschafter Kantor, Minister Reich, dem Stellvertretenden Außenminister Talbott, dem nationalen Sicherheitsberater Lake, dem nationalen Wirtschaftsberater Bob Rubin, meinem Sonderberater für öffentliche Angelegenheiten Alexis Herman und vielen anderen, die harte Arbeit geleistet haben, um diese bevorstehende Reise zu einem Erfolg werden zu lassen.

Ferner möchte ich die heute anwesenden Mitglieder des diplomatischen Corps würdigen, sowie die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Regierung und akademischen Welt - viele Gesichter, die im nationalen Interesse die Förderung unserer internationalen Wirtschaftspolitik anstreben.

Es ist angemessen, daß wir uns kurz vor meiner Abreise zum G-7-Gipfel sowie meinen Besuchen in Lettland, Polen und Deutschland hier versammeln, denn vor einem Jahr unterzeichnete ich an diesem Ort das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA). Angesichts der Umstände, unter denen es debattiert wurde, war das NAFTA mehr als eine Handelsvereinbarung - es war ein entscheidender Moment in der modernen Geschichte. Seine Ratifi-

zierung erfolgte erst nach einer Grundsatzdebatte von großer Tragweite über die Frage, wie die Vereinigten Staaten das Zeitalter nach dem Kalten Krieg beginnen sollten.

Sollten wir uns zurückziehen, abwenden und schließlich ein - meiner Ansicht nach - langsames und stetiges Absinken unseres Lebensstandards hinnehmen oder würden wir statt dessen einen anderen Weg einschlagen? Würden wir dort, wo die alten Mauern gefallen waren, neue Mauern bauen oder begeistert die Herausforderungen einer neuen, im schnellen Wandel begriffenen Wirtschaft begrüßen?

Unsere Abstimmung über das NAFTA war eine Antwort auf diese Frage. Wir beschlossen, uns der Welt zu öffnen. Jetzt ist es an uns, die Welt zu gestalten, in der wir leben möchten.

Dieser Zeitpunkt in der Geschichte erfordert, daß wir die rasende, sogar verwirrende Geschwindigkeit des wirtschaftlichen Wandels meistern und sicherstellen, daß unser Volk über das Selbstvertrauen und die Fähigkeiten verfügt, die Früchte einer wachsenden Weltwirtschaft zu ernten. Das ist das Ziel meiner

---

Präsidentschaft. Und meine heute beginnende Mission in Europa ist einfach: Arbeitsplätze und eine Welt des Wohlstands zu schaffen.

Wir befinden uns inmitten einer seltenen Zeit der Chancen. Wenn unser Volk das Vertrauen, die Vision und die Klugheit an den Tag legt, diese Chancen zu ergreifen, können wir eine Zeit der Erneuerung für Amerika und die übrige Welt gestalten.

Beim G-7-Treffen in Neapel und meinen Besuchen in Lettland, Polen und Deutschland werden wir nach Möglichkeiten suchen, Arbeitsplätze zu schaffen und unsere Arbeitnehmer besser auf sie vorzubereiten, die Infrastruktur für eine neue Weltwirtschaft zu schaffen, alle Nationen der Welt einer umweltverträglichen Entwicklung zu verpflichten sowie die wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Integration der neuen Demokratien in die Familie freier Nationen fortsetzen.

Selbst während wir uns hier treffen und Ansprachen halten, sind mächtige Kräfte am Werk, die die Welt erschüttern und umgestalten. Das ist die zentrale Tatsache unserer Zeit. Es ist an uns, diese Kräfte zu verstehen und angemessen darauf zu reagieren, so daß jeder Mann und jede Frau innerhalb unserer Reichweite, jeder Junge und jedes Mädchen seine gottgegebenen Fähigkeiten voll entfalten kann.

Eine globale Wirtschaft, ständige Erneuerung, sofortige Kommunikation durchziehen unsere Welt wie ein neuer Fluß und stellen für alle an seinem Ufer Lebenden gleichzeitig eine Quelle der Kraft und der Störung dar. Der Kalte Krieg hat eindeutig in Mittel- und Osteuropa zu einer neuen Geburt der Freiheit geführt. Und diese beinhaltet enorme Chancen.

Die Bürger kämpfen gegen wechselnde Strömungen, werden aus ihrer Verankerung losgerissen - und sehen sich stagnierenden Einkommen, verschlechterten Aussichten auf einen Arbeitsplatz und sozialen Problemen schwindelerregenden Ausmaßes gegenüber. Andauernde Arbeitslosigkeit ist besonders in Europa weit verbreitet. Und hier in den Vereinigten Staaten stagnieren unsere Einkommen noch weitgehend, obwohl wir ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen haben.

In den Vereinigten Staaten bereiten wir uns auf diese neue Welt vor, indem wir unseren Haushalt in Ordnung bringen, unser Defizit drastisch reduzieren und uns energisch um verbesserten Zugang zu ausländischen Märkten bemühen. Wir helfen unserer arbeitenden Bevölkerung, sich an die Weltwirtschaft anzupassen und zu prosperieren,

indem wir ein Erziehungssystem von Weltklasse schaffen, ein besseres System für den Übergang von der Schule ins Arbeitsleben für die jungen Leute, die nicht aufs College gehen wollen, größere Chancen für die Collegebesucher und schließlich ein System lebenslangen Lernens und der Wiederbeschäftigung für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Und wir müssen auch auf die Bereitstellung einer Gesundheitsfürsorge für sie hinarbeiten.

Vom ersten Vorschultag bis zum letzten Tag vor der Pensionierung wird jeder Amerikaner lernen müssen. Und diese Lektion muß jedem Amerikaner gelehrt werden - vom ersten Vorschultag über den ersten Arbeitstag bis zum letzten Tag vor der Pensionierung. Lebenslanges Lernen ist keine Option. Somit sind wir verantwortlich dafür, jeden Amerikaner so vorzubereiten, daß er ungeachtet der jeweiligen Wirtschaftslage das Beste aus allem machen kann. Selbst während wir die Saat der Erneuerung säen, müssen wir erkennen, daß die Ereignisse auf der Welt einen Einfluß auf uns zu Hause haben.

Wir benötigen weltweites Wirtschaftswachstum, denn wenn die Weltmärkte wachsen, schnellen unsere Exporte in die Höhe, was höherbezahlte Arbeitsplätze in Amerika bedeutet. Wenn die Arbeitnehmer in anderen Staaten den Protektionismus befürworten, bedeutet das einen Wettlauf, bei dem wir alle verlieren werden. Wenn die Nationen Mittel- und Osteuropas in Chaos oder Autoritarismus zurückfallen, werden legitime Sicherheitserfordernisse einen noch größeren Teil unseres künftigen Etats beanspruchen.

Unsere Herausforderung ist die Herausforderung aller entwickelten Nationen. Wir können nur wirksam handeln, wenn wir gemeinsam vorgehen. Wir begannen damit vor einem Jahr in Tokio beim ersten G-7-Gipfel meiner Präsidentschaft. Jahrelang unternahm die Gruppe der Sieben weniger, als in ihrer Macht stand, im vergangenen Jahr jedoch lösten wir ein Jahrzehnt des Dahintreibens durch eine wirkliche Verpflichtung zum Handeln ab. Wir brachten die seit Jahren festgefahrenen Welthandelsgespräche zu einem Abschluß. Und mit unserer Hilfe kommt die einst lahme russische Wirtschaft wieder auf die Füße. Wir haben alle gezeigt, daß durch die Stück für Stück und Jahr um Jahr bei diesen G-7-Gipfeln getroffenen Entscheidungen wirklich etwas bewirkt werden kann.

Ein Jahrzehnt lang hat unser außer Kontrolle geratenes Haushaltsdefizit uns der Fähigkeit beraubt, unsere Partner zum Handeln zu drängen. Vielmehr haben uns jedes Jahr bei diesen Zusammenkünften unsere Freunde und Verbündeten zum Abbau des Defizits gedrängt und behauptet, sie könnten unseren

---

Vorschlägen zur Förderung des weltweiten Wirtschaftswachstums kein Gehör schenken. Jetzt haben wir nicht länger das größte Defizit innerhalb der G-7, sondern eines der geringsten.

Durch den umfassendsten Abbau des Haushaltsdefizits in unserer Geschichte, einschließlich einer Ausgabenkürzung in Höhe von 255 Milliarden Dollar, verfügen wir jetzt über das Ansehen und die Glaubwürdigkeit, zu sprechen und gehört zu werden. Wir stehen kurz vor der Verabschiedung eines neuen Haushalts, der - das darf ich vielleicht hinzufügen - neue Ausgabenkürzungen enthält, einschließlich einer ersten Reduzierung der gesamten inländischen Ausgaben zur freien Verfügung in 25 Jahren, durch die wir erstmals seit der Amtszeit Harry Trumans als Präsident der Vereinigten Staaten einen dreijährigen Defizitabbau in Folge haben.

Jetzt müssen wir diese neugewonnene Stärke dazu einsetzen, den Bürgern unserer Nation und aller anderen Nationen das erforderliche Selbstvertrauen zu geben, um in unsicheren Zeiten prosperieren zu können. Wir müssen vom Krisenmanagement zur Wohlstandsplanung übergehen. Mit anderen Worten müssen wir die Grundlage für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts legen, in der Wandel an der Tagesordnung ist und die entscheidende Frage lautet wird, ob der Wandel unser Freund oder unser Feind ist.

Unsere erste Aufgabe ist die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Entwicklung einer hochqualifizierten Arbeitnehmerschaft zu ihrer Besetzung. Das scheint auf der Hand zu liegen, aber sehr viele entwickelte Volkswirtschaften der Welt hatten seit mehreren Jahren keinen Erfolg bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. In Tokio einigten wir uns auf eine gemeinsame Strategie zur Konjunkturförderung, und das Wachstum in den G-7-Staaten beträgt im Vergleich zum Vorjahr heute das Zweieinhalbfache.

Die Vereinigten Staaten haben diese Konjunkturförderung angetrieben. Da 40 Prozent der Jahreseinnahmen der G-7 auf Amerika entfallen, haben wir drei Viertel des Wachstums und nahezu 100 Prozent der neuen Arbeitsplätze geschaffen. Unsere Exporte nehmen schneller zu als die jeder anderen G-7-Nation. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um diese Bilanz durch die Erweiterung des Handels weiter zu verbessern.

Als wir im letzten Jahr die siebenjährige Pattsituation beendeten und den Weg zur Unterzeichnung des größten je in der Uruguay-Runde des GATT abgeschlossenen Handelspakts ebneten, wußten wir, daß wir auf dem richtigen Weg waren. Jetzt müssen wir eine Führungsrolle bei seiner Unterzeichnung übernehmen.

Diese Handelsabkommen sind gut für unser Land. Ich möchte nur einen Punkt erwähnen, der während der Debatte von besonderem Belang war. In diesem Jahr exportieren wir fünfmal mehr Autos nach Mexiko als vor einem Jahr.

Wenn Sie die Leistungen des NAFTA mit dem Potential des GATT vergleichen, erhalten Sie ein Gefühl für die Bedeutung der Ratifizierung hier in den Vereinigten Staaten und den anderen Ländern. GATT bedeutet eine Steuersenkung in den nächsten Jahrzehnten in Höhe von 744 Milliarden Dollar für die Industrienationen und eine halbe Million neuer amerikanischer Arbeitsplätze. Der Kongreß muß das Abkommen in diesem Jahr verabschieden. Und alle G-7-Nationen müssen guten Glaubens auf seine Umsetzung hinarbeiten.

Wir wissen jedoch auch, daß wir noch mehr tun müssen. Bei der Arbeitsplatzkonferenz im März in Detroit nahmen zum ersten Mal in der Geschichte die Finanz- und Arbeitsminister dieser Länder ernsthafte Gespräche über das wirtschaftliche Wohlergehen der Arbeitnehmer auf. In allen Industrienationen fordert der neue Konkurrenzdruck durch sich rasch entwickelnde Nationen höhere Qualifikationen der Erwerbsbevölkerung bei gleichzeitigem Druck auf die Löhne dieser Arbeitnehmer.

Wir müssen voneinander lernen. Wir können viel von dem deutschen System für Auszubildende und dem Gesundheitswesen lernen, von dem französischen System der Kinderbetreuung, von der Art und Weise, in der die Norditaliener bei Forschung und Entwicklung sowie der Vermarktung für mittelständischen Unternehmen zusammenarbeiten. Von jeder Nation in der G-7 müssen wir etwas lernen. Jede Nation spricht diese Qualifikationen an.

Ich habe mit den Japanern darüber gesprochen. Ich habe mit den Briten darüber gesprochen. Ich habe mit den Kanadiern darüber gesprochen. Ich war beeindruckt als ich sah, daß der britische Premierminister eine kleine Plastikkarte bei sich trug, auf der die Ziele für das britische Bildungswesen bis zum Jahr 2000 standen. Es klang ziemlich ähnlich wie die Gesetzesvorlage, die ich vor nur wenigen Wochen unterzeichnet habe.

Wir wissen, daß wir voneinander lernen können. Wir wissen, daß die Vereinigten Staaten wegen ihrer anpassungsfähigen Arbeitnehmer mehr Arbeitsplätze schaffen konnten. Aber wir wissen auch, daß jede Nation härter arbeiten muß, um noch mehr Arbeitsplätze hervorzubringen und die Einkommen zu erhöhen.



In Neapel werden wir mit dieser gemeinsamen Tagesordnung auf Fortschritte drängen. Und ich möchte sagen, daß meines Wissens keine Gruppe moderner Nationen im gesamten Verlauf der menschlichen Geschichte je versucht hat, gemeinsam an diesen Problemen zu arbeiten - den Problemen des Durchschnittsbürgers, die hinter den komplexen Statistiken liegen, die wir jeden Tag in den Zeitungen lesen.

Unser zweites Ziel in Neapel wird der Aufbau einer neuen Infrastruktur für diese neue Volkswirtschaft sein. Im 21. Jahrhundert muß es ein Netzwerk geben, um die Ideen, Informationen und Investitionen der neuen Volkswirtschaft weiterzuleiten. Dies erfordert neue Technologien und zweifelsohne den Aufbau des Superinformationsnetzes, von dem Vizepräsident Gore stets gesprochen hat.

Wir müssen diese Infrastruktur schaffen und sie zur Verbesserung der Produktivität nutzen, damit wir generelles Wachstum im Rahmen der Ressourcen unseres Planeten erweitern können. Wir werden diese Pläne in Neapel unterbreiten.

Drittens werden wir die explosiven Themen Weltbevölkerung und Umweltkrise erörtern. In den kommenden Jahren werden Wohlstand und Sicherheit mehr als je zuvor von Fortschritten beim Umweltschutz und umweltverträglicher Entwicklung abhängen. Wir müssen das Bevölkerungswachstum stabilisieren, weil Armut sowohl die Ursache als auch die Wirkung der Bevölkerungsexplosion ist. Ansonsten sehen wir uns mit einer immer größeren Verknappung von Nahrungsmitteln zur Ernährung künftiger Generationen konfrontiert, einer Verschmutzung der Umwelt, die sie benötigen, um in Frieden zu leben, statt ihr Lager abzubrechen und nationale Grenzen zu überschreiten, und einer Einschränkung der Fähigkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen für die Menschen des 21. Jahrhunderts.

Viertens werden wir weiterhin mit Rußland und den anderen neuen Demokratien bei dem schwierigen Übergang von Kommando- zu freien Volkswirtschaften, von repressiven Regimen zu offenen Gesellschaften zusammenarbeiten. Bei Gipfel von Tokio befand Rußland sich in einer ernsthaften wirtschaftlichen Notlage. Wir haben die internationale Staatengemeinschaft zur Bereitstellung von Nothilfe für die Reformen aufgerufen. 26 Milliarden Dollar der zugesagten 43 Milliarden wurden bereits zugewiesen. Die russische Regierung verdient enormes Lob dafür, daß sie den Weg der Reformen weiterverfolgt hat, insbesondere in den vergangenen Monaten. Und langsam aber sicher funktionieren die Reformen.

Heute macht das russische Haushaltsdefizit einen kleineren Prozentsatz der Einnahmen aus als das Defizit einiger anderer europäischer Länder. Die monatliche Inflationsrate Rußlands ist auf einstellige Zahlen gesunken. Und die Hälfte der russischen Arbeitnehmer ist jetzt im Privatsektor beschäftigt. Das Leben in Rußland ist immer noch schwierig, aber die Menschen haben jetzt eine greifbare Hoffnung. In Neapel wird Präsident Jelzin zum ersten Mal als gleichwertiger Partner gemeinsam mit uns an der Erörterung politischer Themen teilnehmen.

Die G-7 wird darauf hinarbeiten, die Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas mit Handel und langfristigen Reformen vollständig in die Weltwirtschaft zu integrieren. Wir wollen, daß diese Nationen auf dem Kurs von Wirtschaftsreformen und Demokratie bleiben, denn dies ist der einzig richtige Weg zu Wohlstand und Frieden. Die Aussicht auf Erneuerung wird jedoch nur bestehen bleiben, wenn Europa ungeteilt ist und die jungen Demokratien vollständig in die Sicherheit und Gesellschaft dieses Kontinents integriert sind. Aus diesem Grund haben wir so hart an der Schaffung der Partnerschaft für den Frieden im Rahmen der NATO gearbeitet, um friedliche, der Respektierung der Grenzen des anderen verpflichtete Nationen von Vancouver bis Wladiwostok zu verbinden. Sie müssen überzeugt sein, daß diese schwierige Reise es wert ist.

Aus diesem Grund habe ich die große Ehre, bei meinem Besuch in Riga als erster amerikanischer Präsident unabhängigen baltischen Boden zu betreten. Ich werde Warschau besuchen, wo ein freies Volk wieder zu seinem Recht kommt, wo die polnische Wirtschaft jetzt schneller wächst als jede andere Volkswirtschaft in Europa, ein Land, das bestrebt ist, ein gleichwertiger Partner bei unseren Erwägungen für die Zukunft zu sein.

Ich werde die Reise in Berlin beenden, der Stadt, in die unsere Präsidenten seit 50 Jahren Wallfahrten unternehmen, um unser Engagement für die Freiheit zu verkündigen. Es wird ein Privileg sein, Sie alle als erster Präsident zu repräsentieren, der diese Stadt seit jenem glorreichen Tag besucht, an dem sich die Deutschen vereinigten, um die Berliner Mauer zu stürzen. Dort werde ich Zeuge eines stolzen Kapitels unserer eigenen Geschichte, während die letzte amerikanische Brigade von Berlin nach Hause abgezogen wird.

Während die letzten Soldaten aus dem Kampf für die Freiheit zurückkehren, müssen wir uns erneut die schwerwiegenden Konsequenzen der Tatsache vor Augen halten, daß Amerika sich nach dem Ersten Weltkrieg aus der Welt zurückgezogen hat. Diese Truppen werden Deutschland und Europa verlassen,

---

weil ihre Mission beendet ist, aber ungefähr 100.000 Soldaten werden stationiert bleiben und im Rahmen der NATO an der Förderung des Friedens und für den Schutz des Kontinents arbeiten. Und wir werden durch unser Engagement für Handel und politische Integration hier vertreten sein.

Vor einem Monat, als ich unsere Nation in Europa repräsentierte, war es nur eine Reise in die Vergangenheit zu Ehren der Generation, die im Zweiten Weltkrieg die Freiheit der Welt rettete. Heute abend kehre ich in einer anderen Mission nach Europa zurück - um gemeinsam mit anderen an der Erneuerung der Welt zu arbeiten, die uns die Generation des Zweiten Weltkriegs hinterlassen hat.

Wir sollten uns vor Augen halten, daß große Unsicherheit die Zukunft verdunkelte, als der Zweite Weltkrieg gewonnen wurde. Europa und Japan lagen in Schutt und Asche. Die Völker waren erschöpft. Die Menschen wußten nicht, was sie erwarten sollten oder was geschehen würde. Aber aufgrund der Vision der Menschen, die hier in den Vereinigten Staaten und bei den anderen Verbündeten unsere Vorfahren waren, wurden neue Institutionen gegründet, der nach dem Ersten Weltkrieg eingeschlagene Weg wurde aufgegeben und statt dessen sich der Welt mit Optimismus, Hoffnung und der Entschlossenheit geöffnet, ihr Funktionieren zu

gewährleisten - nicht nur für die Amerikaner, sondern auch für unsere Freunde und Verbündeten und in der Tat auch für unsere ehemaligen Gegner. Es ist dieser Geist, diese Idee, die uns heute beflügeln muß.

Seit dem letzten Treffen der G-7 hatten wir in den Vereinigten Staaten ein gutes Jahr, aber wir sind noch weit von unserem Ziel entfernt. Wir bewegen uns einfach auf dem Weg, der uns leiten wird. Und ich möchte, daß Sie alle wissen, solange ich Präsident bin, werde ich mich weiterhin für diese Dinge einsetzen - eine integrierte und starke Sicherheitspartnerschaft in Europa, die richtige Art von politischer Partnerschaft und die kontinuierliche Erweiterung unserer Wirtschaftsgrenzen. Ich hoffe, Sie werden diese Richtung auch in Zukunft unterstützen.

Denken Sie an die Welt, in der die Kinder dieses Landes in 20, 30, 40 Jahren leben sollen. Es liegt in unserer Macht, sie zu schaffen, aber wir müssen heute die richtigen Entscheidungen treffen. Diese Reise ist ein wichtiger Teil dieser Entscheidungsfindung. Ich hoffe, daß Sie mir alles Gute wünschen und - noch wichtiger - diese Bestrebungen hier zu Hause und - wenn Sie können - auf der ganzen Welt unterstützen.

Ich danke Ihnen und Gott schütze Sie.

\* \* \* \* \*

## GEBT UNS EURE BESTEN

von Stephen Moore

WASHINGTON - (AD) - Nachfolgend veröffentlichen wir einen Artikel über die Auswirkungen der Einwanderung in die Vereinigten Staaten auf das amerikanische Arbeitsleben. Der Verfasser umreißt die Vorteile der Einwanderung für die Arbeitswelt und die amerikanische Wirtschaft und vertritt die Ansicht, die Wettbewerbsvorteile der Vereinigten Staaten seien eng mit der fortgesetzten Anziehungskraft des Landes auf hochbegabte Arbeitnehmer aus anderen Staaten verbunden.

Stephen Moore schreibt Artikel für *Insight*.

Veröffentlichung und Übersetzung mit freundlicher Genehmigung von *Insight*, Stephen Moore, 22. November 1993.

Bei vielen Amerikanern beschwört das Wort "Einwanderung" sofort das Bild armer Mexikaner herauf, die bei San Diego (Kalifornien) illegal über die Grenze kommen, um Arbeit zu Niedriglöhnen zu finden und vielleicht staatliche Sozialleistungen zu erhalten. Jüngste Meinungsumfragen bestätigen, daß die Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber der Einwanderung äußerst negativ ist. Die aus Mittelamerika stammenden Einwanderer stehen in dem Ruf, Sozialleistungen des Staates zu mißbrauchen und sich hartnäckig zu weigern, Englisch zu lernen. Haitianer werden für AIDS-Überträger gehalten, russische Juden für Mafiosi und Asiaten für internationale Terroristen. Die Medien bekräftigen diese Klischees, indem sie die Öffentlichkeit mit negativen Beschreibungen von Einwanderern bombardieren.

Die Vorstellung von Einwanderern als müden, armen, zusammengedrängten Massen ist ebenso dauerhaft in den Köpfen der Öffentlichkeit verhaftet wie die unwiderruflich in den Sockel der amerikanischen Freiheitsstatue eingravierten Worte. Das Gedicht von Emma Lazarus beschreibt jedoch nicht die Hunderttausenden von Menschen, die sich im Amerika der neunziger Jahre ein neues Leben aufbauen. Es wäre angemessener, wenn die Worte auf dem Sockel der Statue lauteten: "Gebt uns Eure Besten, Eure Intelligentesten, Energischsten und Talentiertesten!" Warum? Weil das im wesentlichen die Menschen beschreibt, die jedes Jahr in die Vereinigten Staaten einwandern.

Es könnte der Mühe wert sein herauszufinden, wer diese Neuankömmlinge sind und welche Auswirkungen sie auf das Leben der alteingesessenen Amerikaner haben.

Wer der Ansicht ist, die Einwanderer seien eine Belastung für die amerikanische Wirtschaft, war noch nie im Silicon Valley in Kalifornien. Dort und in anderen Hochtechnologie-Korridoren stellen die Einwanderer den Lebensnerv der prosperierendsten Industrien der Nation dar. Auf praktisch jedem Gebiet, in dem die Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren ihre globale Führungsrolle behaupteten - beispielsweise bei Computerdesign und -software, der pharmazeutischen Industrie, Biotechnologie, Elektronik, Supraleitern, Robotern und der Luftfahrtindustrie - arbeiten Einwanderer. In vielerlei Hinsicht sind diese in starkem Wachstum begriffenen Industrien die moderne Version des amerikanischen Schmelztiegels in Aktion.

Denken Sie an Intel. Mit Gewinnen von 1,1 Milliarden Dollar im Jahr 1992 ist es eines der am schnellsten wachsenden und produktivsten Unternehmen der Vereinigten Staaten, in dem Zehntausende amerikanischer Arbeitnehmer beschäftigt sind. Es entwickelt ständig bahnbrechende Spitzentechnologien, die die Computerindustrie des 21. Jahrhunderts definieren werden.

Und all das geschieht größtenteils mit dem Talent der neuesten Einwanderer. Drei Mitglieder des oberen Management von Intel, darunter der aus Ungarn stammende geschäftsführende Direktor Andrew S.

Grove, sind Einwanderer. Einige seiner erfolgreichsten und revolutionärsten Computertechnologien wurden von Einwanderern entworfen, beispielsweise der von einem Japaner erfundene Mikroprozessor 8080 (ein mit mehr Kapazität ausgestatteter Computerchip) und der von einem Italiener erfundene fast leistungslos gesteuerte Transistor auf Polysilikonbasis (FET - die grundlegende Speichereinheit eines modernen Computerchips). Dick Ward, Manager des Arbeitnehmer-Informationssystems bei Intel, erklärt: "Unser gesamtes Unternehmen basiert auf der Erfindung der nächsten Generation von Computertechnologie. Und hier bei Intel stammt ein Großteil dieser Intelligenz von den Einwanderern."

Oder betrachten Sie sich DuPont-Merck Pharmaceutical Co., ein Pharmaunternehmen mit Sitz in Wilmington (Delaware) und einem Umsatz von 800 Millionen Dollar, in dem eigenen Berichten zufolge viele der vielversprechendsten Produktinnovationen auf Einwanderer zurückgehen. Beispielsweise Losartan, ein blutdrucksenkendes Medikament, wurde von einem Wissenschaftlerteam entwickelt, dem zwei Chinesen und ein Litauer angehörten. Joseph Mollica, der geschäftsführende Direktor von DuPont-Merck stellt fest, die Kombination so unterschiedlicher Talente führe dazu, "daß man die Probleme und Chancen aus einem etwas anderen Blickwinkel sieht".

Intel und DuPont-Merck sind nicht die einzigen Unternehmen, die auf Einwanderer zurückgreifen. Robert Kelley Jr., Präsident von SO/CAL/TEN, einer Vereinigung von nahezu 200 Hochtechnologieunternehmen in Kalifornien, vertritt die Ansicht: "Ohne den Zustrom der Asiaten in den achtziger Jahren hätte nicht die unternehmerische Explosion stattgefunden, die wir in Kalifornien beobachten konnten." David N.K. Wang, Abteilungsleiter für weltweite Geschäftsoperationen bei Applied Materials Inc., einem Computertechnologieunternehmen in Kalifornien, fügt hinzu, aufgrund der Einwanderung "ist Silicon Valley eines der internationalsten Geschäftszentren der Welt".

Wenn man die Einwanderer abzieht, beraubt man diese Zentren der Talente, auf deren Grundlage sie operieren. Amerikas internationale Wettbewerbsfähigkeit könnte leiden, wenn keine Einwanderer mehr ins Land kämen.

Neue Forschungsstudien haben den Beitrag der Einwanderer zur amerikanischen Industrie quantitativ erfaßt. Der angesehene nationale Forschungsrat berichtete 1988, "ein großer Teil des technologischen Outputs der Vereinigten Staaten hängt von ausländischem Talent ab, und diese Abhängigkeit wächst". Der Bericht stellt fest, daß mehr als die

Hälfte aller an amerikanischen Universitäten promovierenden Forscher und jeder dritte in den Vereinigten Staaten arbeitende Ingenieur zugewandert ist und betont: "Es ist offensichtlich, ... daß diese außerhalb der Vereinigten Staaten geborenen Ingenieure unsere Kultur bereichern und substantielle Beiträge zum wirtschaftlichen Wohlergehen und der Konkurrenzfähigkeit der Vereinigten Staaten leisten."

Der Wettbewerbsvorteil der Vereinigten Staaten ist eng mit der fortgesetzten Fähigkeit des Landes verbunden, hochbegabte Arbeitnehmer aus anderen Ländern anzuziehen und zu behalten. Eine Studie der nationalen Stiftung für Wissenschaft aus dem Jahr 1990 besagt: "Äußerst signifikante, positive Aspekte werden durch die Präsenz von im Ausland geborenen Ingenieuren in unserer Gesellschaft vermittelt."

Beispielsweise wurde die Supraleitfähigkeit, eine Technologie, die im kommenden Jahrhundert zu Hunderten neuer, entscheidender kommerzieller Anwendungen führen wird, von Paul C.W. Chu, einem Physiker an der University of Houston (Texas) entdeckt. Er ist gebürtiger Chinese und wanderte 1972 in die Vereinigten Staaten ein. Sein brillanter Verstand und seine Erfindungsgabe machen ihn zu einem der aussichtsreichsten Kandidaten für den Nobelpreis. Sollte ihm dieser verliehen werden, wird Chu der langen Liste von Nobelpreisträgern angehören, die in die Vereinigten Staaten einwanderten. Im 20. Jahrhundert waren zwischen 20 und 50 Prozent der Nobelpreisträger - abhängig vom jeweiligen Wissenschaftszweig - Einwanderer. Heute leben mehr russische Nobelpreisträger in den Vereinigten Staaten als in Rußland.

Meinungsumfragen belegen beständig die Befürchtung, Einwanderer würden den amerikanischen Arbeitnehmern ihren Arbeitsplatz wegnehmen. Diese Angst ist verständlich, aber unbegründet. Die Einwanderer besetzen nicht nur Arbeitsplätze, sondern schaffen diese auch. Ein Weg dazu sind Unternehmensgründungen. Heute sind viele Einwanderer, selbst die mit relativ niedrigen Qualifikationen, als Unternehmer tätig.

Nehmen Sie beispielsweise die Koreaner. Den Soziologen Alendro Portes und Ruben Rumbaut zufolge gibt es "in Los Angeles dreimal soviel beruflich selbständige Koreaner wie unter der Gesamtbevölkerung. Lebensmittelgeschäfte, Restaurants, Tankstellen, Spirituosenläden und Immobilienbüros sind typisch koreanische Unternehmen."

Auch die Kubaner sind erfinderisch bei der Eröffnung neuer Geschäfte. Die Anzahl kubanischer Unternehmen in Miami (Florida) hat sich von 919 im Jahr

---

1967 auf 8.000 im Jahr 1976 und 28.000 im Jahr 1990 erhöht.

Auf dem Jefferson Boulevard in Dallas (Texas) sind über 800 Geschäfte angesiedelt, von denen drei Viertel hispanischen Einwanderern der ersten oder zweiten Generation gehören. Noch vor zehn Jahren, vor dem Zustrom der Mexikaner und anderen Einwanderer aus Mittelamerika war die Nachbarschaft im Verfall begriffen, und viele leere Läden hatten Schilder "zu verkaufen" im Schaufenster. Heute ist es eine blühende ethnische Nachbarschaft.

Natürlich werden nur wenige Geschäfte von Einwanderern zu Unternehmen wie Intel. In der Tat scheitern die meisten völlig. Wie die Mehrzahl der neuen Unternehmen in Amerika sind die der Einwanderer vorwiegend klein und nicht unbedingt profitabel. In dem Unternehmen eines Einwanderers sind durchschnittlich zwei bis vier Angestellte beschäftigt und der Jahresumsatz beträgt ungefähr 200.000 Dollar. Solche mittelständischen Unternehmen sind jedoch eine maßgebliche Quelle für Arbeitsplätze, wie Präsident Clinton immer wieder zu Recht betont.

Es überrascht nicht allzusehr, daß Einwanderer sehr viel eher als der Durchschnittsamerikaner das unternehmerische Risiko eingehen. Schließlich erfordern die Entwurzelung, der Aufbruch in eine fremde Kultur und der Erfolg mehr als das normale Maß an Mut, Ehrgeiz, Eigeninitiative und selbst Tapferkeit. In der Tat ist es zum Teil der Selbstauswahlprozeß, der Einwanderer so besonders bevorzugt macht. Einwanderer sind nicht nur Menschen - sie sind eine besondere Gruppe von Menschen. Durch ihre Einreise vermitteln sie dem Rest von uns produktive Energien.

Das ist nicht nur Romantizismus, sondern tatsächlich gut fundiert. Zahllose Studien haben belegt, daß Einwanderer in die Vereinigten Staaten für gewöhnlich höher qualifiziert, besser ausgebildet und wohlhabender sind als der Durchschnittsbürger ihres Heimatlandes.

Thomas Sowell, Wirtschaftswissenschaftler und Senior Fellow an der Hoover Institution in Stanford (Kalifornien) berichtet in seiner Seminarstudie über Einwanderung, **Ethnic America**, daß schwarze Einwanderer aus den West Indies über sehr viel höhere Qualifikationen verfügen als ihre Landsleute zu Hause. Er gelangt ferner zu der Schlußfolgerung, daß die Einkommen dieser Einwanderer höher sind als die von angestammten Bewohnern der West Indies, schwarzen Amerikanern und gebürtigen Amerikanern weißer Hautfarbe.

Überraschenderweise sind selbst die illegalen Einwanderer nicht die ärmsten und am wenigsten qualifizierten aus ihrem Heimatland. Statistiken über illegale Einwanderer aus Mexiko zeigen, daß nur rund fünf Prozent in Mexiko arbeitslos waren, wohingegen die durchschnittliche Arbeitslosenquote in diesem Land ungefähr dreimal höher war, und ein relativ hoher Prozentsatz dieser Einwanderer in Mexiko als Angestellte tätig gewesen waren. Darüber hinaus ergab sich in diesen Studien, daß etwa zehn Prozent der illegalen Einwanderer aus Mexiko Analphabeten sind, in Mexiko selbst jedoch 22 Prozent.

Der vielleicht größte Aktivposten der Einwanderer sind ihre Kinder, die in den Vereinigten Staaten im allgemeinen bemerkenswert erfolgreich sind. Vor kurzem berichtete Boston, daß unglaublicherweise 13 von insgesamt 17 Absolventen der weiterführenden Schulen der Stadt im Ausland geboren waren - in China, Vietnam, Portugal, El Salvador, Frankreich, Italien, Jamaica und der ehemaligen Tschechoslowakei. Viele sprachen bei ihrer Ankunft kein Wort Englisch. Öffentliche High Schools in Washington, Chicago und Los Angeles verweisen ebenfalls auf die bemerkenswert überproportionale Zahl von Eingewanderten unter den Spitzenschülern. Entsprechend berichtet Westinghouse, daß in den vergangenen 12 Jahren ungefähr ein Drittel der Gewinner der renommierten nationalen wissenschaftlichen Talentsuche Asiaten waren. Aus dieser Gruppe könnte der nächste Albert Einstein Amerikas hervorgehen, der selbst ein Einwanderer war.

Ein verdeckter Preis für die Einschränkung der Einwanderung ist der Verlust der talentierten und motivierten Kinder von Einwanderern.

Im letzten Jahrhundert haben die Vereinigten Staaten rund 50 Millionen Einwanderer aufgenommen. Dies war eine der größten Migrationen in der Weltgeschichte. Trotz dieses Zustroms von Menschen - nein, wegen dieses Zustroms - wurden die Vereinigten Staaten Mitte des 20. Jahrhunderts die wohlhabendste Nation der Welt. Die Reallöhne in Amerika haben sich in diesem Zeitraum mehr als verachtfacht. Die amerikanische Wirtschaft beschäftigte im Jahr 1900 weniger als 40 Millionen Menschen, heute sind es nahezu 120 Millionen. Der amerikanische Arbeitsmarkt hatte in den achtziger Jahren nicht das geringste Problem zu expandieren und die acht Millionen legalen Einwanderer aufzunehmen. 18 Millionen Arbeitsplätze wurden geschaffen.

Aber was ist mit diesen erschreckenden Schlagzeilen? "Einwanderung führt zum Bankrott der Nation." "Einwanderer verdrängen amerikanische Arbeitneh-

---

mer." "Amerikanisches Sozialwesen verlockt Ausländer."

Hier sind die Fakten. Eine 1990 durchgeführte Umfrage ergab, daß rund sechs Prozent der gebürtigen Amerikaner im Vergleich zu sieben Prozent der im Ausland geborenen auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind und weniger als fünf Prozent der illegalen Einwanderer Sozialhilfe erhalten. Da die Einwanderer für gewöhnlich in die Vereinigten Staaten kommen, wenn sie jung sind und arbeiten, zahlen sie dem Wirtschaftswissenschaftler Julian Simon von der University of Maryland zufolge im Laufe ihres Lebens durchschnittlich rund 20.000 Dollar mehr an Steuern als sie an Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Angesichts von einer Million Einwanderern pro Jahr erhält der Staat ungefähr 20 Milliarden Dollar. Statt einer finanziellen Last sind Einwanderer vielmehr ein riesiger Profit.

Einwanderer schädigen auch nicht den amerikanischen Arbeitsmarkt. Eine vom Arbeitsministerium 1989 durchgeführte umfassende Studie gelangte zu

folgendem Schluß: "Weder amerikanische Arbeitnehmer noch die meisten einer Minorität angehörigen Arbeitnehmer scheinen durch Einwanderung negativ betroffen zu sein - insbesondere während der Perioden wirtschaftlicher Expansion." In den achtziger Jahren verzeichneten die führenden, Einwanderer aufnehmenden Bundesstaaten - darunter Kalifornien, Florida, Massachusetts und Texas - der Alexis de Tocqueville Institution in Arlington (Virginia) zufolge Arbeitslosenzahlen, die zwei Prozentpunkte unter dem amerikanischen Durchschnitt lagen.

Kurz vor seinem Tod schrieb Winston Churchill: "Die Imperien der Zukunft sind die Imperien des Geistes." Amerika ist mit einer der größten Chancen in der Weltgeschichte konfrontiert, diese Imperien aufzubauen, indem hochqualifizierte, gut ausgebildete und von Unternehmergeist beseelte Menschen aus der ganzen Welt angezogen werden. Mit der Verfolgung einer liberalen und strategischen Einwanderungspolitik können die Vereinigten Staaten sicherstellen, daß das 21. Jahrhundert ebenso wie das 20. das Amerikanische Jahrhundert wird.

\* \* \* \* \*